

AHS- INFORMATION

Nachrichtendienst der AHS-Gewerkschaft

An alle
Gewerkschaftlichen Betriebsausschüsse
und Landesleitungen

Wien, am 17. Dezember 2016

RUNDSCHREIBEN 3 **(Schuljahr 2016/2017)**

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Entgegen vieler Medienberichte hat am 14. Dezember 2016 die erste Verhandlungsrunde zwischen VertreterInnen von Bildungsministerium, Bundeskanzleramt, ARGE LehrerInnen und GÖD-Präsidium zum „Autonomiepaket“ der Bundesregierung stattgefunden. Dabei wurde uns ein rund hundert Seiten umfassendes Paket von Gesetzesentwürfen und Erläuterungen vorgelegt, dessen Inhalt wir in den nächsten Tagen zu bewerten haben werden. Die Dienstgeberseite hat dabei mehrmals angemerkt, dass das vorgelegte Papier des Ministeriums einerseits in vielen Punkten nicht mehr aktuell und andererseits auch gar nicht mit dem Koalitionspartner abgestimmt sei. Das macht eine seriöse Vorbereitung auf den nächsten Verhandlungstermin schwierig, der Mitte Jänner stattfinden wird.

Wir halten fest, dass sich die Positionen der Dienstgeberseite von der unseren in vielen Punkten stark unterscheiden. Auf Details wurde beim ersten Gespräch noch nicht eingegangen.

Wir weisen noch einmal auf die wichtigsten Punkte hin, die schon im Rundschreiben 2 der AHS-Gewerkschaft bzw. in der Resolution der ARGE LehrerInnen festgehalten wurden:

- Eine ersatzlose Streichung der Klassenschülerhöchstzahl und der Eröffnungs- und Teilungszahlen ist völlig inakzeptabel. Diese Maßnahme führt angesichts jetzt schon zu knapper Ressourcen zwingend zu größeren Klassen und Lerngruppen und damit zu massiven Qualitätseinbußen. Autonomie wird hier zum Synonym für Selbstverwaltung des Mangels.
- Das „kostenneutrale“ Autonomiepaket ist ein pädagogisch fragwürdiges Sparpaket, wenn Schulleitungen am Standort zugunsten von übergeordneten Clusterleitungen eingespart oder LehrerInnenressourcen in Unterstützungs- und Supportkräfte umgewandelt werden. An den meisten Schulen wird es aber ohne zusätzliche Ressourcen gar keine Autonomiespielräume geben. Wir brauchen also eine bedarfsgerechte und nachhaltig gesicherte Ressourcenzuteilung für jeden einzelnen Standort.

- Es klingt wie Hohn, dass eine verstärkte „Individualisierung“ des Unterrichts gefordert und gleichzeitig eine nach oben unbegrenzte Klassen- bzw. Gruppengröße ermöglicht wird.
- Schulpartnerschaft hat in den letzten Jahrzehnten viel zum Gelingen von Schule beigetragen. Jetzt sollen Entscheidungen am Standort unter dem Schlagwort „Autonomie“ von den künftigen Schulleitungen bzw. Schulclusterleitungen alleine getroffen werden. Die vorgesehene Streichung von Mitbestimmungsrechten widerspricht unserem demokratischen Verständnis und der gelebten Vereinbarungskultur an unseren Schulen. Auf Kontrollrechte durch schulpartnerschaftliche Gremien an den einzelnen Schulstandorten kann daher auch im Sinne der Qualitätssicherung nicht verzichtet werden.
- Die Zentralisierung der Bestellung von zukünftigen Cluster-/Schulleitungen und das damit verbundene Zurückdrängen vorhandener Mitbestimmungsrechte der LehrerInnen und Schulpartner ist für uns ebenfalls ein Schritt in die falsche Richtung.

Mit kollegialen Grüßen

Mag. Herbert Weiß e.h.
Vorsitzender der AHS-Gewerkschaft

Mag. Michael Zahradnik e.h.
Vors.-Stellv.

Mag. Georg Stockinger e. h.
Vors.-Stellv. u. Besoldungsreferent